

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

Kommt «Radio Liechtenstein»?

Medienbericht der Regierung kommt erneut in den Landtag

Voraussichtlich in zwei Wochen werden wir mehr wissen über die Zukunft der elektronischen Medien in unserem Land. Der Landtag, dem seit einiger Zeit ein Bericht der Regierung «Zu rechtlichen Vorkehrungen auf dem Gebiete des Radio- und Fernsehens» sowie der Bericht der Medienkommission vorliegt, dürfte sich in seiner nächsten Sitzung vom 14. und 15. November erneut mit medienpolitischen Fragen befassen, nachdem er – aus Arbeitsüberlastung, wie die VU-Fraktion erklärte – das Traktandum schon vor der Sommerpause auf einem späteren Zeitpunkt verschoben hatte. Kommt «Radio Liechtenstein»? Das ist die gegenwärtig am meisten gestellte Frage, wenn die Diskussion auf die Medienlandschaft fällt.

Seit fünf Jahren gibt es in der Schweiz die Versuche mit Lokalradiosendern, die recht unterschiedlich ausgefallen sind, wie entsprechenden Erklärungen nach dem kleinen «fünfjährigen Jubiläum» entnommen werden kann. Diese Versuche mit gleichzeitiger Lockerung der restriktiven Vorschriften für die Werbung am Radio gaben den Anstoss für Diskussionen in unserem Land, einen eigenen Radiosender für die lokalen Bedürfnisse zu erstellen. Im Zusammenhang mit der Schaffung des Medienfonds im Jahre 1980 wurde dem Landtag die Erstellung eines Medienkonzeptes in Aussicht gestellt, eine Medienkommission berufen – doch stellte sich heraus, dass mit dem Begriff «Medienkonzept» eine Hoffnung geweckt worden war, die mit den hiesigen Kräften in fachlicher und personeller Hinsicht nicht befriedigt werden konnte. Dem Landtag liegt nun ein Bericht der Medienkommission vor sowie ein ergänzender Bericht der Regierung über die rechtlichen Vorkehrungen für eigene Radio- und Fernsehsender.

Das Medienpapier der Kommission war in den letzten Jahren verschiedentlich in Landtag angefordert worden, vornehmlich aus den Reihen der VU-Fraktion, die sich damit wohl parteipolitische Vorteile versprach. Doch war es gerade die VU-Fraktion, die vor der Sommerpause die Verschiebung des Traktandums «Medienpapier» beantragte, weil nach einer VU-Fraktionserklärung aufgrund der «spärlichen Unterlagen» und der «Komplexität des Themas» eine eingehende parteiinterne Auseinandersetzung noch nicht möglich war. Die VU sprach im Landtag im Zusammenhang mit dem Verschiebungsantrag von zahlreichen offenen Fragen, die es zu klären gelte. Doch vermied sie es sorgfältig, diese offenen Fragen auf den Tisch zu legen, zu formulieren, damit die Regierung oder die Medienkommission die notwendigen Abklärungen oder Zusatzinformationen vornehmen hätte können. Dazu erfolgte der obligate Spruch, dass es der VU-Fraktion nicht darum gehe, «Entscheidungen zu verzögern oder irgend jemanden Verzögerungen in die Schuhe zu schieben».

Radio- und Fernsehversuche

Nach dem Medienpapier beabsichtigt die Regierung, Radio- und Fernsehversuche zuzulassen und diese in einer Verordnung zum Radio- und Fernsehgesetz zu regeln. Die in Aussicht genommenen Radio- und Fernsehversuche sollen in erster Linie der Information des Geschehens in unserem Land dienen, wobei die Regierung gemäss Bericht erwartet, dass sie integrierend wirken und ihrem «Leistungsauftrag als Kultur-, Informations- und Unterhaltungsträger gerecht» werden. Während der Versuchszeit, die zwischen drei bis fünf Jahre dauern soll, sieht die Regierung eine Trägerschaft vor, obwohl mehrere Gesuchsteller sich um eine Konzession zur Verbreitung von Radio- oder Fernsehprogrammen beworben haben. Eine solche Lösung verhindere, argumentiert die Regierung, dass eine oder mehrere Trägerschaften eine publizistische Vormachtsstellung erlangten, die bei einer endgültigen Regelung kaum mehr rückgängig gemacht werden könnten. Die Finanzierung der Versuche ist nach Auffassung der Regierung «hauptsächlich durch Werbung zu finanzieren», wobei der Staat für die Versuchsphase die Infrastruktur und die Empfangsmöglichkeiten zur Verfügung stellt. (G.M.)

Bundesrat: Budgetfragen im Vordergrund

Bern (AP) Budgetfragen standen am Mittwoch im Vordergrund der Bundesratsitzung. Auf Wunsch der nationalrätlichen Finanzkommission und als Beitrag zur Abkühlung der Baukonjunktur hat die Schweizer Landesregierung im Bundesbudget 1989 nachträglich die Ausgaben um 276,53 Millionen Franken gekürzt. Damit verbessert sich der Budgetüberschuss auf 480 Millionen.

Zudem wurde der zweite Budgetnachtrag in der Höhe von 1,077 Milliarden und Verpflichtungs- sowie Zusatzkredite von 64,5 Millionen verabschiedet. Insgesamt erreichten die nachträglich angeforderten Zahlungskredite eine Rekordhöhe von 1,378 Milliarden, die einen Anteil von 5,3 Prozent an den Gesamtausgaben ausmachen.

Im Anschluss an die Bundesratsitzung zog EDI-Vorsteher Flavio Cotti vor der Presse Bilanz über die Umweltschutzministerkonferenz in Sofia: Auch für ein kleines Land wie die Schweiz sei es möglich, in der Umweltfrage die internationale Politik zu beeinflussen.

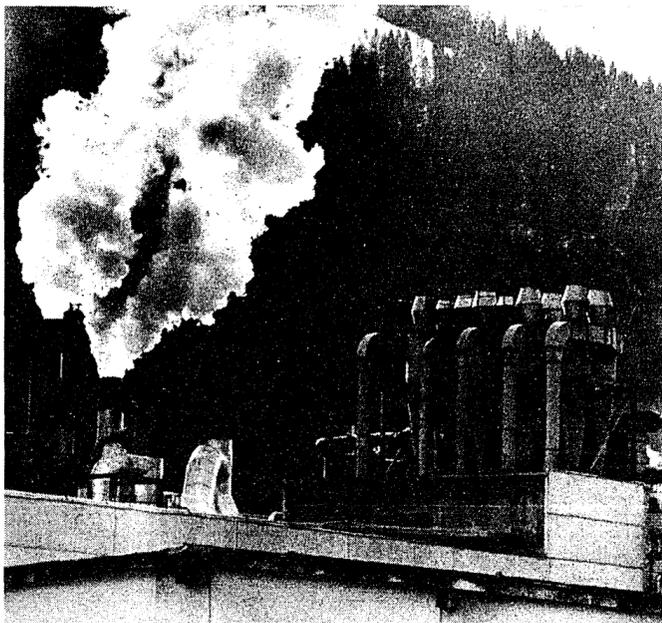
Balans®

REZEPTFREI



THONY

FL-9494 Schaan
Bahnhofstrasse 16
Tel. 075-2 44 22



An einer Konferenz der UNO-Wirtschaftskommission für Europa haben sich in Sofia 25 Länder, darunter unser Land, verbindlich verpflichtet, ihren Stickoxidausstoss bis 1994 auf dem Stand von 1987 einzufrieren. Unser Bild zeigt eine der Quellen des Stickoxidausstosses, einen Fabrikschornstein. Weitere Quellen sind der Hausbrand und die Autos. (Bild: AP)

Stickoxidausstoss wird begrenzt

25 Länder verpflichteten sich zur Reduzierung der Schadstoffe

(AP) Auf der sechsten Konferenz der UNO-Wirtschaftskommission für Europa haben sich am Dienstag in Sofia 25 Länder völkerrechtlich verbindlich verpflichtet, ihren Stickoxidausstoss bis 1994 auf dem Stand von 1987 einzufrieren. Die amtliche bulgarische Nachrichtenagentur BTA zitierte den Sekretär der UNO-Kommission, Gerald Hinteregger, mit den Worten, das Protokoll sei auf dem Gebiet des Umweltschutzes das wichtigste Dokument, das in den vergangenen fünf Jahren unterzeichnet worden sei.

Das Protokoll wurde unter anderem von der Bundesrepublik Deutschland, DDR, Frankreich, Österreich, Polen, der Schweiz, Sowjetunion, Tschechoslowakei sowie den USA und Kanada unterzeichnet. Stickoxide gelangen überwiegend als ungereinigte Autoabgase und durch das Verbrennen fossiler Brennstoffe in die Atmosphäre. Sie gelten als Verursacher des Waldsterbens, des sauren Regens und

des sogenannten Treibhauseffektes, der globalen Erwärmung der Atmosphäre.

Am Montag hatten sich bereits zwölf westeuropäische Länder verpflichtet, den jährlichen Ausstoss von Stickoxiden aus Kraftwerken und industriellen Feuerungsanlagen sowie aus Kraftfahrzeugen bis spätestens 1998 um 30 Prozent gegenüber dem Stand eines Jahres zwischen 1980 und 1985 zu verringern.

Dieser Verpflichtung ist auch unser Land mit der Unterschrift von Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wilke unter das Dokument nachgekommen. Nach Berechnungen des Amtes für Volkswirtschaft wurden in unserem Land 1984 insgesamt 54 400 kg Stickoxide durch Ölf Feuerungen ausgestossen, weitere 388 000 kg gelangten durch den Motorfahrzeugverkehr in die Luft und 72 000 kg wurden durch die Kehrriechverbrennungsanlage Buchs (damals noch ohne Rauchgasreinigungsanlage) abgegeben.

Israel: Religiöse als Zünglein an der Waage

Nach der Wahl werben in Israel Rechte und Linke um die Orthodoxen

Jerusalem (AP) Die religiösen Parteien sind mit 15 Prozent der Mandate Zünglein an der Waage im neuen israelischen Parlament. Sowohl der nationalistische Likud-Block von Ministerpräsident Jizchak Schamir als auch die sozialdemokratische Arbeiterpartei von Aussenminister Schimon Peres haben am Mittwoch Gespräche mit den religiösen Parteien Israels über eine Regierungsbildung aufgenommen, nachdem es keiner der grossen Parteien bei den Wahlen am Dienstag gelungen ist, eine klare Mehrheit im Parlament zu erhalten.

Die günstigere Position hat der Likud-Block. Er hat nach Auszählung von 99 Prozent aller Stimmen 39 der insgesamt 120 Mandate erhalten. Sieben Sitze entfallen auf die noch weiter rechts stehenden Parteien, 18 Sitze auf die vier religiösen Parteien. Die Arbeiterpartei bekommt nach diesem Stand 38 Sitze, andere linke und linksliberale Gruppen zehn, proarabische Gruppen, darunter die für eine Koalitionsregierung mit der Arbeiterpartei nicht in Frage kommenden Kommunisten, acht. Eine Wiederauflage der grossen Koalition schien ausgeschlossen zu sein, und eine starke politische Mitte fehlt.

Die Ansicht, dass Likud in der besseren Position ist, gründet sich darauf, dass die religiösen Parteien im allgemeinen als

ideologisch eher rechtsstehend eingeschätzt werden. Peres allerdings gab sich am Mittwoch noch nicht geschlagen. «Ich weise den Versuch des Likud-Blocks zurück, die Stimmen der Religiösen für sich zu vereinnahmen», erklärte er. «Ich würde nicht sagen, dass alle Religiösen notwendigerweise rechts stehen. Wir werden hören, was sie vorschlagen, und ob sie alle dasselbe wollen.»

Schamir seinerseits erklärte: «Angesichts der uns vorliegenden Fakten scheint es so zu sein, dass die Lage erfordert und den Likud-Block in die Lage versetzt, Israels nächste Regierung zu bilden.» Den Gedanken an eine neue grosse Koalition wies er unter Hinweis auf die unterschiedlichen Auffassungen über den Weg zum Frieden im Nahen Osten zurück: «Als Herr Peres die internationale Konferenz ganz oben auf seine Liste setzte, hat er alle Brücken zu einer Regierung der nationalen Einheit verbrannt.»

Im Gegensatz zu Schamir hatte Peres im Wahlkampf auch für die Räumung eines Teils der besetzten Gebiete plädiert. Sein Argument war, wenn Israel die Gebiete behalte, werde die jüdische Bevölkerung angesichts der höheren arabischen Geburtenrate im nächsten Jahrhundert schon bald eine Minderheit im

eigenen Lande sein. Die Nationalreligiöse Partei lehnt ebenso wie Likud territoriale Konzessionen ab.

Die anderen religiösen Parteien sind in dieser Frage nicht festgelegt, möchten sich ihre Beteiligung an der Regierung aber durch Zugeständnisse an ihre orthodoxen Vorstellungen über die Rolle der Religion im Staat abkaufen lassen. «Überzogene Forderungen werden wir nicht stellen», sagte Jizchak Peretz von der sephardischen Schas-Partei. «Aber wir werden auf einem jüdischen Staat mit jüdischem Charakter bestehen.»

Wie es heisst, haben Nationalreligiöse und Schas-Partei bereits drei Kabinettsposten und die Begnadigung von drei Juden gefordert, die 1983 drei arabische Studenten ungebracht haben und deshalb Gefängnisstrafen verbüssen. Die religiösen Parteien wollen auch eine Verschärfung der Einbürgerungsgesetze, ein Verbot des Schwangerschaftsabbruchs und strengere Einhaltung der Sabbatruhe durchsetzen. Sie haben grundsätzlich eine Koalition mit der Arbeiterpartei nicht ausgeschlossen, doch können sich politische Kreise nicht vorstellen, dass die natürlichen Verbündeten der Sozialdemokraten, etwa die linkssozialistische Mapam-Partei und die jedem religiösen Zwang abholde Bürgerrechtsbewegung, da mitziehen würden.

KOMMENTAR

Der Vaduzer Bürgermeister ist vom Landgericht wegen Ordnungswidrigkeit, genauer wegen der unerlaubten Übertragung der Hochzeitsfeier von Prinzessin Nora und Marques de Mariño über die Gemeinschaftsantennenanlage, zu einer Geldbusse verurteilt worden. In der Öffentlichkeit wird diese Bestrafung des Bürgermeisters wohl wenig Verständnis nach sich ziehen, aus rechtsstaatlicher Sicht hingegen muss dieses Vergehen geahndet werden. Möglicherweise erfolgt nach diesem Urteil eine Bewegung in der medienpolitischen Landschaft, denn die jetzigen Bestimmungen, die keine Übertragung von bewegten Bildern über die Gemeindegänge erlauben, scheinen wirklich überholt.

Doch vorerst gilt noch das Verbot von eigentlichen Fernsehübertragungen, und daran haben sich alle zu halten. Im Land-

Doppelbödigkeit

tag kamen diese Übertragungen schon mehrfach zur Sprache, wobei sich der VU-Fraktionssprecher Hermann Hassler als eifriger Verfechter einer harten Haltung hervortat. Im Falle der Übertragung von Resultaten über die Gemeindegänge in Mauren fragte er die Regierung an, ob die «Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen» worden seien, ebenso im Fall der Gemeinde Schaan mit dem Film zur örtlichen Verkehrsplanung.

Im Gegensatz zu dieser harten und kompromisslosen Haltung machte sich das «Liechtensteiner Vaterland» lustig über die Verurteilung des Vaduzer Bürgermeisters und stellte hinterhältig die Frage: «Dürfen sich wohl die LGGA-Empfänger bald auf weitere unerlaubte, bewegte Bilder von wichtigen inländischen Anlässen freuen, nachdem diese Geldstrafe wohl mit Schmunzeln bezahlt werden kann?»

Die VU-Politik schwankt wieder einmal hin und her zwischen verschiedenen Positionen, die sowohl einer harten wie einer weichen Haltung recht geben. Der Umgang mit Recht und Gesetz erfolgt scheinbar nach Gebrauch. Dabei hätte es die VU seit einem Jahrzehnt in der Hand, als Mehrheitspartei eine andere Regelung über die SendekonzeSSIONen der Gemeinden vorzuschlagen und durchzubringen.

Doch davon lässt sie offenbar lieber die Hände, denn es ist einfacher, einmal Hü und einmal Hott zu rufen. (G.M.)

Grenoble: Sieg für Hermann/Mottet



Den ersten Saisonsieg und den insgesamt 13. Sechstagerfolg feierte Roman Hermann in der Nacht von Dienstag auf Mittwoch bei den Six-jours von Grenoble. In einem dramatischen Finale überflügelte Roman Hermann und sein französischer Partner Charly Mottet die Favoriten Clark/Duclos-Lassalle hauchdünn. Unser Bild: Roman Hermann freut sich über seinen 13. Sechstager-Triumph. (Näheres im Sportteil.)